

## Versorgungsauftrag

Erschütternd seien die Erfahrungen in Grossbritannien mit der totalen Deregulierung und Privatisierung der Busbetriebe im Agglomerationsverkehr (ohne den Grossraum London) erklärte Georges Eggenberger an der Delegiertenversammlung des Föderativverbandes. Nach sechs Jahren dereguliertem und privatisiertem Busdienst habe folgende Bilanz gezogen werden müssen: Die Fahrplandichte nehme ab, die Fahrgastzahl sinke, die Auslastung sinke, die Wagenkilometer sanken, die Löhne des Personals sanken; aber es gebe auch Elemente, die stiegen, nämlich die Kosten, die Fahrpreise und die Subventionen. Die privaten Unternehmer könnten ihre Wagenparks nicht mehr erneuern, der Kundschaft würden die Klapperkisten und der dünne Fahrplan verleiden, sie würden das Privatauto benutzen, Und den Letzten würden bekanntlich die Hunde beißen: Bus-Hersteller Volvo habe mangels Aufträgen seine Chassis-Produktion in Grossbritannien schliessen müssen, die Belegschaft verlor die Arbeitsplätze. Das sei keine Geschichte aus dem Gruselkabinett, meinte Eggenberger, sondern eine wahre Begebenheit aus dem Kabinett der Lady Thatcher und des Mister Major.

Nicht ein Staat nach alter Väter Sitte sei gefragt, sondern ein bürgerfreundlicher Staat, der zur Lösung der heutigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme beitrage,

Die Gewerkschaften des öffentlichen Personals würden sich für Staatsbetriebe einsetzen, welche mit flächendeckenden, der ganzen Bevölkerung offenstehenden Dienstleistungen Versorgungsaufträge erfüllten, die in dieser Form von privaten Anbietern nie wahrgenommen würden. Die Leistungsdichte und das Leistungsniveau sollten den öffentlichen Bedürfnissen entsprechen. In diesem Falle seien die Betriebe auch finanzierbar, über Preise und Tarife und um den regionalen und sozialen Ausgleich sicherzustellen, über Steuern. Das heisse allerdings auch, dass gemeinwirtschaftliche Leistungen abgegolten werden müssten, stellte Georges Eggenberger fest.

Berner Tagwacht, 25.11.1992.

Föderativverband > England. Autobusbetriebe Privatisierung. TW, 1992-11-25